

Mitgliederentwicklung der

Humanistischen Union

Während im ersten Halbjahr 1963 die Zahl der Mitglieder-Neuzugänge auf einem Monatsdurchschnitt von ca. 30 bis 40 stagnierte, zeigt sie seit dem Herbst vorigen Jahres eine rasch ansteigende Tendenz. Von Dezember 1963 bis März 1964 schlossen sich der Humanistischen Union mehr als 300 neue Mitglieder an.

Diese Aufwärtsentwicklung dürfte der wachsenden Aktivität vieler Mitglieder und Ortsverbandsleiter sowie dem ständig zunehmenden Echo zu verdanken sein, das die Aktionen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen der H.U. in der Presse auslösen. Über einige Ausschnittbüros erhält die Geschäftsstelle jede Woche Dutzende von kleineren und größeren Pressenotizen, in denen der Name "Humanistische Union" in irgendeinem Zusammenhang auftaucht.

Drei neue Ortsverbände der

Humanistischen Union gegründet

Am 10. März 1964 schlossen sich die H.U.-Mitglieder in Hagen/Westf. zu einem Ortsverband zusammen. Zum Vorsitzenden wählten sie Herrn Dr. med. Walther Lechler. Ein neuer Ortsverband "Essen und Umgebung" konstituierte sich am 12. März 1964. Den Vorsitz übernahm Herr Ernst-Rudolf Lipinski. Die Gruppe umfaßt vorläufig neben Essen die Städte Bochum, Gelsenkirchen, Wanne-Eickel, Gladbeck, Bottrop, Hattingen, Velbert, Kettwig, Mülheim/Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Herne und Datteln.

An der Baseler Universität gründeten am 27. Februar 1964 Studenten eine "Erasmusgruppe Basel der Humanistischen Union". Vorsitzende sind die Herren Beat Glaus, Rainer Hauswirth und Hermann Jöhr.

Petition zum Unehelichenrecht

Zur Verbesserung der rechtlichen und praktischen Situation des unehelichen Kindes bereitet die Humanistische Union eine Petition an den Bundestag vor. Seit nunmehr 45 Jahren befiehlt die Verfassung dem Gesetzgeber, das Unehelichenrecht zu reformieren. Alle Ansätze zur Lösung dieses Problems scheiterten bis-

her an dem teils versteckten, teils offenen Widerstand restaurativ ein-
gestellter Verbände und Gruppen. Da es zu den Hauptaufgaben der Humanistischen
Union gehört, den Rechtsforderungen des Grundgesetzes vor allem im Hinblick
auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte Geltung zu verschaffen, halten
wir die Beseitigung der gesellschaftlichen und rechtlichen Diskriminierung
des unehelichen Kindes einer vordringlichen Behandlung wert.

In den bisherigen Vorschlägen ist immer wieder das Rechtsgut des Schutzes
der Ehe zum Nachteil des unehelichen Kindes ins Spiel gebracht worden. Die
Eingabe der Humanistischen Union an den Bundestag wird im Gegensatz dazu
strikt von dem Grundsatz ausgehen: Ein Kind darf in keinem Fall dafür ver-
antwortlich gemacht werden, daß es aus einer nicht ehelichen Verbindung
stammt; jede Benachteiligung des unehelichen Kindes macht es zum Sündenbock
für Umstände, die es weder verschuldet hat noch beeinflussen kann und ver-
stößt somit gegen das Gebot des Schutzes der Menschenwürde.

Ein Rohentwurf der Petition, die eine Reihe von allgemeinen Grundsätzen und
speziellen Gesetzesänderungs-Vorschlägen enthält, geht dieser Tage an einen
begrenzten Kreis von sachkundigen Mitgliedern. Wer sich noch an den Vor-
arbeiten beteiligen will, möge den Entwurf bitte bei der Geschäftsstelle
in München anfordern.

A k t i o n e n f ü r d i e G e m e i n s c h a f t s s c h u l e

=====

Die in den Mitteilungen Nr. 13 angekündigte Gemeinschaftsschulaktion in Bayern
und Franken ist in vollem Gang. In fünf Mittelstädten ohne Gemeinschafts-
schule entstanden auf unsere Initiative "Elternvereinigungen zur Errichtung
einer Gemeinschaftsschule". In allen fünf Orten veranstalteten wir zusammen
mit diesen Vereinigungen Versammlungen und öffentliche Vorträge mit einem
fachkundigen Referenten. In zwei Städten, Landshut und Bamberg, konnten
bereits die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Ge-
meinschaftsschule erstmals bei der Schuleinschreibung den Eltern zur Wahl
zu stellen. Für Aschaffenburg und Regensburg hoffen wir dieses Ziel eben-
falls erreichen zu können.

Bei unseren Bemühungen, der Gemeinschaftsschule auch in den bayrischen
Provinzstädten Eingang zu verschaffen, stießen wir allerdings überall auf
den heftigen Widerstand von Vertretern beider Konfessionen. Von dem sonst
viel strapazierten "Elternrecht" wollte man nichts mehr wissen, als es darum
ging, dem Wunsch von Eltern nach einer Gemeinschaftsschule am Ort Rechnung
zu tragen. Obwohl in der bayerischen Verfassung die Gemeinschaftsschule
gleichberechtigt neben der Konfessionsschule steht, scheuten sich die Ver-
teidiger der Konfessionsschule nicht, in den Versammlungen, in Kirchen-
blättern und von den Kanzeln die Gemeinschaftsschule abwechselnd als
"atheistisch", "kommunistisch", "nazistisch" zu diffamieren oder als eine
Art heimtückischer Erfindung der "Humanistischen Union" hinzustellen.

Auch in einigen Großstädten wird die Humanistische Union die weitere Aus-
breitung dieser Schulart nach Kräften zu beschleunigen suchen. In Fürth,
Nürnberg und München erhalten zur diesjährigen Schuleinschreibung alle Eltern
von Schulneulingen (ca. 18000) von uns einen aufklärenden Brief und eine
Kurzfassung der Thesen der Humanistischen Union zur Schulfrage: "Warum wir
uns für die Gemeinschaftsschule entscheiden". In den fränkischen Städten
Würzburg, Schweinfurt und Marktbreit unterstützt die Humanistische Union
die Werbeinitiativen anderer örtlicher Organisationen. - Die Kosten für diese
Aktionen konnten wir zum größeren Teil durch Sonderspenden decken.

Humanistische Union wehrt sich gegen

Diffamierungskampagne

Trotz der schlechten Erfahrungen, die der Herder-Verlag mit seinem falschen Lexikoneintrag machen mußte, setzen militant-konservative Zeitungen, Kirchenblätter und Geistliche beider Konfessionen den Verleumdungsfeldzug gegen die H.U. fort.

Bischof Dr. Stimpfle, Augsburg, machte in der Festansprache zur Eröffnung der "Woche der Brüderlichkeit" den "Humanismus ohne Gott" verantwortlich für die "Krisen, Tyranneien und Kollektivverbrechen der Gegenwart", nannte in gleichem Atemzug die H.U. und bezichtigte sie, "die geistigen Grundlagen für neue Massenvernichtung" zu schaffen. Eine scharfe Gegenerklärung der H.U. wurde von einigen großen Zeitungen, darunter der "Zeit" ganz oder teilweise veröffentlicht.

Die katholische "Deutsche Tagespost" nannte im Zuge ihrer unqualifizierten Angriffe gegen die H.U. den Beirat der H.U. "ein wohlfeiles Refugium für alle Professoren, die von der SPD wegen ihres Liebäugelns mit kommunistischen Thesen ausgeschlossen wurden". Im gleichen Kommentar wurde behauptet, "die Mehrzahl der Mitglieder der H.U. wünsche Kampfmaßnahmen gegen die Kirche". Gegen diese beiden Falschmeldungen hat die H.U. am 8.4.1964 Klage beim Landgericht München I auf Widerruf erhoben.

Die "Passauer Neue Presse" nahm eine Kritik der H.U. an dem ungesetzlichen Eingreifen von Kirchenbehörden in einen Künstlerprozeß wegen angeblicher Verbreitung unzüchtiger Schriften zum Anlaß, ein Vorstandsmitglied der H.U. als Lehrer in einer Mädchenschule abzuqualifizieren. Gegen den verantwortlichen Redakteur erstatteten wir Strafanzeige wegen übler Nachrede.

Weil die H.U. in Aschaffenburg für die Gemeinschaftsschule warb, warf ihr der dortige evangelische Kirchenbote vor, "Konfessionslosigkeit und damit Gottlosigkeit" zu verbreiten und malte in diesem Zusammenhang Kommunismus und Nazismus an die Wand. Beim zuständigen Landgericht beantragten wir gegen den für das Blatt verantwortlichen Dekan eine einstweilige Verfügung.

Bischof Dibelius von Berlin benützte die Osterpredigt in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und eine Kirchenfunk-Sendung von Rias zu ganz ähnlichen Ausserungen über die H.U., wie sie Bischof Stimpfle bei ebenso feierlichem Anlaß in Augsburg abgegeben hatte.

Kontakte zwischen den Mitgliedern

Für Mitglieder, die persönliche oder schriftliche Verbindung mit anderen Angehörigen der Humanistischen Union aufnehmen wollen, eröffnen sich zwei Möglichkeiten: Einmal liegt seit kurzem in der Münchner Geschäftsstelle eine Gesamtliste von H.U.-Mitgliedern auf, die bei der im vorigen Jahr durchgeführten Fragebogenaktion ihr Interesse an Diskussionen bekundet haben. Auf Wunsch übersenden wir gerne dieses Kompendium. Außerdem sind wir gerne bereit, an Orten ohne Ortsverband alle dort ansässigen Mitglieder von München aus zu einer Versammlung zusammenzurufen. Ein Mitglied an dem betreffenden Ort müßte die Initiative ergreifen und uns ein

Lokal und einen Zeitpunkt nennen. Wir würden dann alle am Ort wohnhaften Mitglieder zu einem zwanglosen Kennenlernen einladen. Die Fortsetzung einer solchen ersten Begegnung wäre dann in das Belieben derjenigen Mitglieder gestellt, die der Einladung Folge leisten.

V e r a n s t a l t u n g e n

=====

Die öffentliche Podiumsdiskussion, die der Berliner Ortsverband am 15. Februar 1964 über das Thema "Gefährdung der Demokratie im kalten Krieg" veranstaltete (siehe Mitteilungen Nr. 13) fand beim Berliner Publikum und in der Presse starke Beachtung. Die Illustrierte "Quick" widmete dem Gespräch einen eigenen Kommentar.

In München veranstaltete, wie bereits gemeldet, die Humanistische Studenten-Union am 24. Februar 1964 ebenfalls ein öffentliches Gesprächsforum. Thema: "Wer studiert in Regensburg - Provinzkolleg oder Modelluniversität?". Das Kultusministerium und die CSU-Landtagsfraktion boykottierten nach anfänglichen Zusagen in letzter Minute die Veranstaltung und wurden deshalb von der bayerischen Presse fast einhellig scharf getadelt. Besonderes Aufsehen erregte die Äußerung des CSU-Vorsitzenden des kulturpolitischen Ausschusses im Landtag, Geistlicher Rat Lerch, seine Fraktion mache die neue Hochschule "schon ganz allein richtig" und brauche dazu keine Diskussion mit Wissenschaftlern. Die CSU sah sich zu einer Entschuldigung bei der H.U. veranlaßt und sagte offiziell zu, sich in Zukunft aufgeschlossener zu zeigen.

Am 20. Februar 1964 referierte unser Mitglied Rütger Schaefer vor der Humanistischen Studenten-Union Marburg über "Wesen und Aufgaben der Humanistischen Union".

Auf Einladung des Ortsverbandes Hamburg sprach am 21. Februar 1964 unser Mitglied Erich Lüth, ehemaliger Leiter der Senatspressestelle Hamburg, über "Deutsche Tabus - wider unsere eigene Verlogenheit".

Herr Rechtsanwalt Erwin Fischer, Ulm, Beiratsmitglied der H.U. hielt in Nürnberg am 28. Februar 1964, im Auditorium Maximum der Universität den Vortrag "Religionsfreiheit in Staat und Kirche".

"Geburtenregelung - soziale Notwendigkeit oder ungehemmte Genußsucht?" hieß das Thema einer öffentlichen Podiumsdiskussion, die der Hamburger Ortsverband am 11. März 1964 mit dem Frauenarzt Dr. Dohrn, Rechtsanwalt Josef Augstein, dem Hamburger Hygieniker Prof. Harmsen und anderen Teilnehmern veranstaltete. Thema und Besetzung des Gesprächs zogen 1800 Besucher an.

In einer öffentlichen Versammlung des Ortsverbandes Wuppertal sprach am 9. März 1964 Herr Dr. Hans Gillessen über "Die Humanistische Union - Anlaß zu ihrer Gründung, ihre Ziele und ihr bisheriges Wirken -".

Über das gleiche Thema und aus dem gleichen Anlaß referierte Herr Dr. Horst Knöpke, Ortsverbandsvorsitzender in Dortmund, vor dem Ortsverband Hagen. Am folgenden Tag machte Herr Dr. Knöpke bei einer öffentlichen Veranstaltung seiner eigenen Dortmunder Gruppe vor der Presse und geladenen Gästen wiederum grundsätzliche Ausführungen über die Ziele und die Arbeit der H.U.

Anlässlich der konstituierenden Versammlung des neuen Ortsverbandes "Essen und Umgebung" hielt unser Mitglied, Herr Realschullehrer Günther Gunkel ein Referat über das Thema "Schule in Not". Nach der Versammlung schrieben sich 15 neue Mitglieder bei der H.U. ein.

Über "Religionsunterricht in den Bremer Schulen" sprach als Gast des Bremer Ortsverbandes am 20. März 1964 Herr Prof. Hinrich Wulff von der Pädagogischen Hochschule Bremen. Ein ursprünglich geplantes Podiumsgespräch über das gleiche Thema war nicht zustande gekommen, da nach der Absage der evangelischen Kirchenvertreter am Ort auch ein bereits gewonnener katholischer Theologe seine Zusage zurückzog.

Seinen Vortrag "Ist die Strafrechtsreform reformbedürftig?" hielt Herr Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, Frankfurt, bei einer öffentlichen Veranstaltung des Ortsverbandes Nürnberg am 23. März 1964.

Die Frage "Aus welchen Gründen und wie will die H.U. neben unseren demokratischen Parteien politisch wirksam werden?" untersuchte Herr Studienrat Dr. Philipp Loch, Vorsitzender der Gruppe Zweibrücken/Homburg, am 6. April 1964 in Zweibrücken bei einer Gemeinschaftsveranstaltung mit dem dortigen Ring politischer Jugend.

Dem Thema "Modell und Erkenntnis" (zur Frage der Übertragbarkeit biologischer Erkenntnisse auf die menschliche Lebensführung) galt ein Vortrag von Prof. Dr. H.M. Peters, Universität Tübingen, bei einem öffentlichen Diskussionsabend des Stuttgarter Ortsverbandes am 7. April 1964.

In Hamburg sprach am 16. April 1964 Herr Rektor Fritz Hermann, Beiratsmitglied der H.U., zum Thema "Geistesfreiheit - Grundgesetz - Wirklichkeit; kritische Feststellungen eines Freigeistes zur gegenwärtigen Kulturpolitik in der Bundesrepublik".

Die Frage "Gemeinschaftsschule oder Konfessionsschule" untersuchten in öffentlichen Elternversammlungen am 3. März 1964 in Starnberg Herr Dr. Jürgen Böddrich, München; am 3. April 1964 in Bamberg Frau Dr. Elisabeth Wagner, München; am 10. April 1964 in Aschaffenburg Herr Oberstudienrat Karl Witzsch, Fürth, und am 17. April in Regensburg wiederum Frau Dr. Elisabeth Wagner, München.

Etwa Mitte Mai referiert ein neues Mitglied der Humanistischen Union, der amerikanische Psychoanalytiker Dr. Walter W. Marseille, derzeit München, über den Inhalt eines von ihm verfassten Buches: "Ideologie und Neurose - der Fall Karl Marx".

Die in den letzten Mitteilungen angekündigte Konferenz von Ortsverbandsvorsitzenden und Beiratsmitgliedern über verschiedene Satzungsänderungen wurde inzwischen auf den 4./5. Juli 1964 festgelegt (Tagungsort voraussichtlich Frankfurt).

Neuer Geschäftsführer der Humanistischen Union

=====

Der bisherige Geschäftsführer der H.U., Herr Dr. Hans Gillessen, ist am 10. März 1964 auf eigenen Wunsch ausgeschieden. Zum neuen Geschäftsführer bestellte der Vorstand am 13. April 1964 den bisherigen Referenten für Öffentlichkeitsarbeit, Herrn Rainer Haun. Herr Haun behält auch sein bisheriges Ressort bei.

Auch diesmal liegt den "Mitteilungen" ein Verlagsprospekt bei. Wir er-
suchen durch solche bezahlten Prospektbeilagen die Versandkosten zu
verringern und bitten unsere Mitglieder dafür um Verständnis.

Für den Inhalt verantwortlich: Rainer Haun

HUMANISTISCHE UNION e.V.

3000 München 9, Geiseltasteigstr. 116 - Tel. 43 72 80

Konten: Postscheckkonto München 104 200
Dresdner Bank, München Nr. 106 018

Vorbereitung einer Satzungsänderung

=====

Einem Beschluß der Mitgliederversammlung vom 16. November 1963 entsprechend, der nächsten Mitgliederversammlung einen Vorschlag zur Satzungsänderung vorzulegen, wird sich Mitte des Jahres eine Konferenz des Vorstandes, der Ortsverbandsvorsitzenden und der Beiratsmitglieder mit den verschiedenen Anträgen zur organisatorischen Neuordnung der "Humanistischen Union" beschäftigen. Die Geschäftsstelle bereitet eine Zusammenstellung aller vorliegenden Anträge vor, aufgrund derer dann eine endgültige Formulierung ausgearbeitet werden soll. Diese Neufassung der Satzung wird allen Mitgliedern der "Humanistischen Union" zur schriftlichen Abstimmung vorgelegt. Findet der Entwurf die Zustimmung der Mehrheit aller Mitglieder der "Humanistischen Union", muß er, da eine schriftliche Urabstimmung in unserer derzeitigen Satzung nicht vorgesehen ist, durch eine Beschlußfassung der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung (1965) inkraft gesetzt werden. Findet er keine Mehrheit, muß eine 2. Tagung der Mitglieder des Vorstandes, des Beirats und der Vorsitzenden der Ortsverbände anberaumt werden, auf der unter Berücksichtigung der von den Mitgliedern erhobenen Einwände und Vorschläge eine korrigierte Fassung des Satzungsentwurfs zu erarbeiten ist. Mit dieser wird dann in gleicher Weise verfahren, wie mit dem 1. Entwurf.

Der Vorsitzende der "Humanistischen Union", Dr. Gerhard Szczyzny, hat dieses von den Teilnehmern der geplanten Konferenz inzwischen gebilligte Verfahren vorgeschlagen, weil nur eine schriftliche Urabstimmung aller Mitglieder eine wirklich demokratische Willensbildung garantiert und nur auf diese Weise eine neuerliche fruchtlose Diskussion der Frage vermieden wird, wieweit die aufgrund der jetzigen Satzungsbestimmungen zustandekommende Mitgliederversammlung repräsentativ und damit befugt ist, so wichtige Entscheidungen, wie es die geplanten Satzungsänderungen darstellen, zu treffen.

Herder-Verlag berichtigt Lexikon-

=====

eintrag über Humanistische Union

=====

Um eine gerichtliche Auseinandersetzung zu vermeiden, erklärte sich der Herder-Verlag, Freiburg, bereit, einen Eintrag über die Humanistische Union in HERDERS VOLKSLEXIKON FARBIG in den noch vorhandenen Exemplaren und in der im Druck befindlichen Neuauflage des Nachschlagwerks zu berichtigen. Der Eintrag hatte gelautet: "Humanistische Union, 1961 gegründeter atheistischer Freidenkerverband gegen konfessionalistische Tendenzen und das offizielle ideologisierte Christentum". Gegen diese Formulierung hatte die Humanistische

Union am 19.12.1963 beim Landgericht München I eine einstweilige Verfügung beantragt mit der Begründung, der Text sei objektiv falsch und damit rechtswidrig. Die Humanistische Union sei eine kulturpolitische Vereinigung, zähle zu ihren Mitgliedern zahlreiche evangelische und katholische Christen und betrachte es als ihre Aufgabe, Angehörige aller religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse zum Schutz der Persönlichkeitsrechte und zur Förderung einer freiheitlich-demokratischen Ordnung zusammenzuführen.

Der Herder-Verlag hat sich nun bereiterklärt, in sein Lexikon folgenden Eintrag aufzunehmen: "Humanistische Union, 1961 gegründet, will mit Angehörigen aller Weltanschauungen die freiheitlich-demokratische gegen jede weltanschaulich gebundene Ordnung fördern."

Der Herder-Verlag verpflichtete sich darüberhinaus, die Berichtigung auf seine Kosten als Anzeige in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und der "Welt" zu veröffentlichen, sie als Presseerklärung bekanntzugeben und sämtliche Anwaltsgebühren zu bezahlen.

Beirat zur Humanistischen Union ernannt

=====

Die Satzung der HU sieht neben Vorsitzendem und Vorstand als repräsentatives und beratendes Organ den "Beirat" vor. Da die HU nach zweijähriger Anlaufzeit weitgehende Anerkennung in der Öffentlichkeit gefunden hat, schien es uns nunmehr an der Zeit, den Beirat zu konstituieren und namhafte Mitglieder und Freunde der HU zu bitten, sich durch ihre Mitwirkung an so exponierter Stelle mit der Entwicklung und den Zielen der Vereinigung solidarisch zu erklären. Folgende 40 Persönlichkeiten wurden vom Vorstand mit Wirkung vom 14. Februar in den Beirat berufen:

Peter Blachstein MdB; Axel Eggebrecht; Prof. Dr. Thomas Ellwein; Rechtsanwalt Erwin Fischer; Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim; Ruth Andreas Friedrich; Pfarrer Diether Gehrman; Rabbiner Dr. Robert Raphael Geis; Prof. Rudolf Genschel; Prof. Dr. D.D. Helmut Gollwitzer; Pfarrer Günther Heipp; Rektor Fritz Hermann; Rechtsanwalt Martin Hirsch MdB; Dr. Herbert Jäger; Pfarrer Rudolf Kaffka MdB; Georg Kahn-Ackermann MdB; Hermann Kesten; Dr. Hans Kilian; Oberkirchenrat D.D. Heinz Kloppenburg; Dr. Lotte Köhler; Prof. Dr. Rene König; Präsident Alfons Künstler; Wolfgang Leonhard; Prof. Dr. Ludwig Marcuse; Prof. Dr. Dr. Gustav Mensching; Dr. Sigurd Paulsen; Pfarrer Dr. Georg Pick; Else Reventlow; Dr. Franz Roh; Dr. Juliane Roh; Prof. Dr. Walter Seitz; Prof. Dr. Ulrich Sonnemann; Prof. Dr. Hans Schaefer; Paul Schallück; Prof. Dr. Karl Schlechta; Oberlandesgerichtspräsident Dr. Richard Schmid; Prof. Dr. Hermann Wein; Prof. Dr. Wilhelm Weischedel; John van Nes Ziegler MdL; Prof. Dr. Lothar Zetz.

Gemeinschaftsschulaktion in Bayern

=====

und Franken

=====

Wie die meisten Orte im Einflußbereich der CSU sind die Städte Bamberg, Aschaffenburg, Coburg, Regensburg, Passau, Landshut und Starnberg noch ohne Gemeinschaftsschule. Die HU wird deshalb bis zur diesjährigen Schuleinschreibung im Mai versuchen, wenigstens in den genannten größeren Gemeinden die

Zahl von Eltern zur Wahl dieser Schulart zu bewegen, die zur Gründung einer Gemeinschaftsschule nötig ist. Die bayerischen Schulgesetze, die die Konfessionsschule bevorzugen, erschweren dieses Vorhaben jedoch vorallem dadurch, daß zunächst einmal in jedem Ort mindestens fünf Eltern einzeln einen Antrag auf Errichtung einer Gemeinschaftsschule stellen müssen, bevor diese Schulart bei der amtlichen Bekanntmachung der Schuleinschreibung überhaupt mit zur Wahl gestellt wird. Wir sind nun dabei, durch Inserate jeweils eine lokale "Zelle" von interessierten Eltern zu bilden und wollen dann durch eine Plakataktion und eine Werbeveranstaltung die örtliche Presse und Öffentlichkeit auf die Existenz und die Bemühungen dieser Elternvereinigung aufmerksam machen.

M a ß n a h m e n g e g e n F i l m z e n s u r

Die HU bereitet zur Zeit einen Aufruf an alle deutschen Filmverleiher, -importeure und -produzenten vor, dem Einfluß der verschiedenen offiziellen und getarnten Filmzensurgremien entgegenzuwirken und deren Tätigkeit auf den reinen Jugendschutz zu beschränken. Da in den letzten Monaten die Filmzensur in der liberalen Presse kritisiert wurde und zur Zeit im Bundestag vorallem der "Interministerielle Ausschuß für Ost-West-Filmfragen" und das ihm zugrundeliegende verfassungswidrige Gesetz stark umstritten sind, scheint der Zeitpunkt für unsere Initiative günstig.

Die Stellungnahme der HU wird folgende Hauptpunkte enthalten: 1. Öffentliche Kontrolle der "Freiwilligen Selbstkontrolle" und der "Filmbewertungsstelle" mittels Veröffentlichung der Urteile und Bewertungsbegründungen durch die betroffenen Filmfirmen. 2. Bei Verboten oder entstellenden Kürzungen Verfassungsklage durch ein Mitglied der HU wegen Verletzung der Informationsfreiheit. 3. Im Fall des Einfuhrverbots eines bedeutenden und nicht antidemokratischen Ostblockfilms, (z.B. "Mutter Johanna von den Engeln" oder "Das höhere Prinzip") würde die HU auf Wunsch nochmals Importantrag stellen und bei neuerlicher Ablehnung gegen den "Interm. Ausschuß"prozessieren. 4. Gründung eines "Schutzverbands gegen Filmzensur" nach dem Muster der "Verlegerschutzgemeinschaft".

I n t e r n a t i o n a l e T a g u n g ü b e r J u g e n d p r o b l e m e

Die Internationale Liga für Erziehung, Unterricht und Volksbildung, Paris, veranstaltet zusammen mit der HU vom 31. März 1964 bis 4. April 1964 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt (Rheinland) eine pädagogische Tagung über das Thema "Die Zukunft der Jugend in der modernen Welt, speziell im werdenden Europa". Herr Studienrat Dr. Jürgen Böddrich, Vorstandsmitglied der HU, hält das Einführungs- und Hauptreferat. Außerdem sprechen französische und luxembourgsche Referenten über Jugendverbände, Freizeitprobleme, politisches Engagement der Jugend und vieles andere. Daneben sind eine Reihe von Diskussionen über einschlägige pädagogische Fragen vorgesehen. Selbst-Kostenbeteiligung für 50 Teilnehmer pro Kopf DM 50.-- plus Reisespesen. Sonst alles frei. Wir würden die Teilnahme von mehreren sachkundigen Mitgliedern der HU sehr begrüßen. Interessenten wollen sich bitte baldmöglichst bei der Münchner Geschäftsstelle anmelden (evtl. Reisekostenzuschuß möglich).

V e r a n s t a l t u n g e n :

Über das Thema "Notstandsgesetze - Notstand der Demokratie?" sprach unser Mitglied Rechtsanwalt Heinrich Hannover am 9.1.1964 in Bremen und am 14.1.1964 in Lüneburg.

Eine Podiumsdiskussion, die die Humanistische Studenten-Union Freiburg am 22.1.1964 in einem Katholischen Studentenheim veranstaltete, galt der Frage: "Welche Folgerungen ergeben sich aus dem weltanschaulichen Pluralismus für die politische Ordnung?" Die katholischen Gesprächspartner zeigten sich dabei recht aufgeschlossen.

Am 4.2.1964 hielt unser Mitglied, der Biologe Dr. Rudolf Bojanovsky, vor den Münchner Mitgliedern und Gästen einen Vortrag "Magie, Ideologie und Toleranz als Stufen der biologischen Entwicklung der Menschheit".

Der Berliner Ortsverband veranstaltete am 14.2.1964 eine öffentliche Podiumsdiskussion über das Thema "Gefährdung der Demokratie im kalten Krieg". Teilnehmer waren: Gräfin Marion Dönhoff ("Die Zeit"), Prof. Martin Drath (ehem. Bundesverfassungsgericht), Prof. Joachim Lieber (F.U. Berlin, Soziologe), Prof. Wilhelm Weischedel (F.U. Berlin, Philosophie), Matthias Walden (Sender Freies Berlin, "Quick;"), Ernest J. Salter. Die Diskussionsleitung hatte Prof. Werner Stein.

Als Auftakt der geplanten Einflußnahme der HU auf den Aufbau neuer Universitäten veranstaltet die Humanistische Studenten-Union München am 24.2.1964 ein öffentliches Streitgespräch zwischen Wissenschaftlern und Politikern über die Frage "Wer studiert in Regensburg? - Provinzkolleg oder Modelluniversität?". Es beteiligen sich: Prof. Dr. Haseloff, Berlin, Dr. Kilian, München, Rektor Prof. Dr. Patat, München, Staatsminister a.D. Prof. Dr. Rucker, München sowie die Landtagsabgeordneten Dr. Hildegard Hamm-Brücher (FDP), Oberstudiendirektor Dr. Arnold (CSU) und Prof. Dr. Häberle (SPD).

Am 6.3.1964 referiert Herr Studienrat Dr. Jürgen Bödrich in Starnberg b. München im Zuge unserer oben erwähnten Gemeinschaftsschul-Aktion in einem öffentlichen Vortrag über das Thema: "Gemeinschaftsschule oder Konfessionsschule".

Über das Thema "Geburtenregelung - soziale Notwendigkeit oder hemmungslose Genußsucht?" führen auf Einladung des Ortsverbandes Hamburg am 11.3.1964 ein öffentliches Podiumsgespräch: Dozent Dr. Giese, Hamburg, Prof. Dr. Harmen, Hamburg, Rechtsanwalt Dr. Josef Augstein, Hannover, und Dr. Axel Dohrn, Lingen/Ems.

Diesen Mitteilungen liegt ein Referat des Referenten für Öffentlichkeitsarbeit der HU, Rainer Haun, bei (Anlage 1), des weiteren ein Rundschreiben betreffs Spendenbescheinigungen (Anlage 2) sowie schließlich eine Angebotsliste von Veröffentlichungen der HU (Anlage 3).

HUMANISTISCHE UNION

München 9, Geiseltasteigstr. 116

Konten: Postscheckkonto München 104 200

Dresdner Bank, München Nr. 106 018